



Die soziale Marktwirtschaft als Leitbild für Entwicklungsländer?

Ein Gastbeitrag von

Claudia Simons-Kaufmann und Friedrich Kaufmann[©]

Einleitung

Einer der Schwerpunkte internationaler Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist die Sicherung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Die Förderung von Wirtschaftswachstum und Privatsektor gilt als zentrale Strategie für Armutsminderung und Entwicklung, die Einführung und Stabilisierung von Marktwirtschaften ist dabei unbestritten der Königsweg (OECD 2007). Kontroverser wird die Frage diskutiert, inwieweit eine Marktwirtschaft sozial sein kann und muss und welche Rolle der Staat dabei spielt. Während im deutschsprachigen Kulturraum seit der Einführung der Stein-Hardenbergschen Reformen und der Prägung der sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhardt nach dem 2. Weltkrieg der Staat eine wichtige und aktive Rolle spielt, wird ihm im angelsächsischen Raum eine eher zurückhaltende Funktion zugewiesen.

Die Deutsche Entwicklungspolitik hat es sich auf die Fahnen geschrieben, die Werte einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu vertreten (BMZ, o.J.).

Im entwicklungspolitischen Zusammenhang ist der Vorwurf nicht neu, dass reiche Länder versuchten, den armen Ländern ihre eigenen kulturellen Werte aufzuzwingen und es stellt sich die Frage, ob für die soziale Marktwirtschaft eine besondere kulturelle Basis erforderlich ist.

Ist besonders das deutsche Modell Sozialer Marktwirtschaft geeignet, Entwicklungsländern ordnungspolitische Lösungen zu bieten? Kann es dort Akzeptanz finden und funktionieren?

In Europa ist der wirtschaftliche Erfolg das Ergebnis eines mehrere Jahrhunderte dauernden (und noch andauernden) Entwicklungsprozesses, der grundlegend durch unsere Kultur geprägt ist. Nicht zuletzt die Untersuchungen von Max Weber legen diesen Schluss nahe (Weber 1958, auch Clark 2007; Landes 1999). Teilweise wird gar gefragt, ob ein „rationaler, an Märkten orientierter Kapitalismus“ nur im Westen möglich sei (Smelser, Swedberg 2005, S. 10).

[©] Dr. Claudia Simons –Kaufmann ist Dozentin für Volkswirtschaftslehre an der Internationalen Fachhochschule Bonn-Bad Honnef.

Dr. Friedrich Kaufmann ist Gastprofessor fuer Ökonomie an der Katholischen Universitaet von Mosambik und Programmkoordinator “Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung “der GTZ in Mosambik.

Kulturelle Aspekte der Wirtschaftsentwicklung, der Organisation arbeitsteiligen Wirtschaftens und der Förderung von Unternehmertum und Privatwirtschaft spielen nach wie vor in der entwicklungspolitischen Debatte eine erstaunlich geringe Rolle. Sie bleiben nebulös (siehe z.B. OECD 2007), obwohl Kultur als das System zur Erklärung und Bewertung der Realität schlechthin angesehen wird (Wimmer, 1996, S. 413) und die Kultur Wirtschaften massgeblich prägt, wie empirische Studien zeigen (z.B. Hofstede 1997, auch Greepspan 2007, S.72).

Im Folgenden soll ein Anstoss zu einer solchen Debatte gegeben werden. Zwei Schlüsselbegriffe dieser Diskussion, der der „Marktwirtschaft“ und der des „Sozialen“ werden näher beleuchtet und vor einen kulturellen Hintergrund gestellt. Daraus werde erste Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung der Konzepte „Nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung“ abgeleitet.

Das Wirtschaftssystem:

Um die Bedürfnisse der Lebenserhaltung und –gestaltung erfüllen zu können, müssen die Menschen in Beziehung zu anderen Menschen treten. Damit bilden sie ein Gesellschaftssystem.

Dieses Gesellschaftssystem lässt sich in drei Subsysteme unterteilen:

- das politisch –rechtliche Subsystem, welches die Gesamtheit der im Bereich von Politik und Recht angesiedelten Institutionen definiert, innerhalb derer die Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder durch die Bereitstellung kollektiver Güter, wie rechtlicher und politischer Sicherheit befriedigt werden,
- das kulturelle Subsystem, welches aus der Gesamtheit von Institutionen besteht, die kulturelle Werte verkörpern und
- das wirtschaftliche Subsystem, das alle Beziehungen umfasst, die es den Menschen ermöglichen, ihren Bedarf an wirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen zu decken (Feldmann, 1999, S. 16ff und Gutmann, 1981, S. 30).

Diese Systeme stehen nicht nebeneinander, sondern die meisten Beziehungen sind gleichzeitig zwei oder allen drei Subsystemen zugehörend. Ein Subsystem kann also nicht alleine betrachtet werden, sondern immer nur im Zusammenhang mit den beiden anderen. Jede wirtschaftliche Beziehung steht somit in einem politisch-rechtlichen als auch in einem kulturellen Zusammenhang. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund analysiert die moderne Transaktionskostenökonomie die „Einbettung“ von wirtschaftlichen Transaktionen nicht nur in juristische, sondern auch in soziale und kulturelle Strukturen, die das wirtschaftliche Verhalten beeinflussen und den Rahmen bilden, innerhalb dessen die Menschen handeln. Das Zusammenspiel und die Harmonie von formalen (juristischen) und informalen (kulturellen) Institutionen erklärt u.a. dann die Höhe der Transaktionskosten und damit die Effizienz des arbeitsteiligen Wirtschaftens (Williamson 1985, North 1992, Granovetter 2004)). Formale Institutionen haben sich in den entwickelten Ländern im Laufe der Jahrtausende aus informalen

Institutionen, die nacheinander emotional, religiös, ideologisch und vernunftrechtlich beeinflusst wurden herausgebildet. (Leipold 2006, S. 68 – 80).

Dieser Rahmen ist nicht starr: Er ändert sich als Ausdruck menschlichen Willens und Handelns im zeitlichen Ablauf. Allerdings lässt sich in den Rahmenbedingungen ein Grundmuster erkennen, das für unterschiedliche Gesellschaftssysteme gelten kann. Die Marktwirtschaft weist ein solches Muster auf: Bei dezentraler Planung und Privateigentum versuchen die Menschen ihre Bedürfnisse möglichst optimal zu befriedigen. Dafür brauchen sie Informationen über Ziele, Absichten, Entscheidungen und Handlungen der anderen Menschen mit denen sie in Beziehung treten. Diese Informationen werden über Märkte vermittelt. Über die Märkte werden auch Einkommen verteilt. Die Faktorpreise (Löhne, Zinsen, Mieten) bestimmen mit den beschäftigten Produktionsfaktoren deren Anteil am gesamten Volkseinkommen, der den Trägern der Produktionsfaktoren, also den Menschen, zufließt. Da diese aber in unterschiedlichem Maße am Gesamtbestand dieser Faktoren teilhaben und auch die Arbeitsfähigkeit sehr unterschiedlich verteilt ist, ergibt sich durch das Marktgeschehen eine mehr oder weniger große Ungleichheit in der Verteilung des Volkseinkommens (siehe z.B. Todaro 1997).

Soziale Marktwirtschaft:

In christlich geprägter Kultur ist es nun die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, diese Ungleichmäßigkeit durch Beeinflussung der Vermögensverteilung, Verbesserung von Arbeitsbefähigungen und durch Umverteilung der Einkommen in Grenzen zu halten. Es setzt also sowohl bei den Möglichkeiten der Einkommenserzielung als auch bei der Einkommensverteilung an.

Dies geschieht in einer sozialen Marktwirtschaft im Rahmen einer Arbeits- und Sozialordnung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips. Der Staat erhebt dazu (progressive) Steuern und Sozialabgaben und zahlt damit Renten, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen und mehr (Gutmann, o. J., S. 239 ff). Er stellt weiter öffentliche Güter zur Verfügung, die unter anderem dazu dienen, am Prozess der Einkommenserzielung und am Erwerb von Produktionsfaktoren teilhaben zu können. In der modernen EZ werden solche Konzepte zur Bekämpfung der Armut wieder als „shared“ oder „pro-poor-growth“ diskutiert (World Bank 2005).

Die Konzepte entsprechen der Planung formaler Institutionen. Sind aber auch die kulturellen Grundlagen, nämlich die informellen Institutionen einer Gesellschaft geeignet, diese Prozesse und Institutionen effizient wachsen zu lassen? Dies einfach vorauszusetzen, hieße, die europäische Wirtschafts- und Kulturgeschichte ebenso zu ignorieren wie diejenige der Entwicklungsländer. Denn das Europäische und vor allem das Deutsche System der Sozialen Marktwirtschaft sind nicht über Nacht entstanden, sondern sie haben sich aus kulturellen Werten über Jahrhunderte hinweg entwickelt, bzw. Gesellschaft und Politik darauf vorbereitet. (siehe

auch, DiMaggio (1994)). Das folgende Beispiel soll dies illustrieren, wobei nicht behauptet werden soll, dass andere philosophische und religiöse Quellen als das Christentum nicht auch Grundlagen für eine soziale Marktwirtschaft bilden können.

Abendländischer, biblischer Entwicklungsprozess¹:

Die Bibel kann als die Wertequelle gelten, die Kultur und damit Gesellschaftsformen der christlichen Gesellschaft dominierend geprägt hat (Leipold 2006, S.12). Die Grundwerte und viele moralische Prinzipien (informale Institutionen) unserer abendländischen Kultur, die unsere Verhaltensweisen und unsere Beziehungen zu unseren Mitmenschen im täglichen Leben bestimmen, gehen zum großen Teil auf die Bibel zurück und sind weitgehend internalisiert. Die Notwendigkeit wirtschaftlichen Handelns wird mit Knappheiten begründet. Im Paradies, mit seinem Überfluss war dies nicht notwendig. Da aber mit dem „Rauswurf des Menschen“, das Paradies auf Erden endete, wurde ökonomisches Denken und Handeln wichtig (Paraskewopoulos 2007).

Der Mensch rebellierte gegen Gott mit dem Ziel, selbst Gott zu werden. Dabei bekam er von Gott einen Fluch und einen Segen zugleich mit auf den Weg:

„Mit Mühsal sollst Du Dich Dein Leben lang ernähren ... und im Schweiß des Angesichts musst Du Dein Brot essen, bis Du wieder Erde wirst, wovon Du genommen bist“ (2. Mose 3, 19). Mit diesem Fluch war klar, dass eine Rückkehr ins irdische Paradies nicht vorgesehen war. Der Ausdruck „im Schweiß Deines Angesichts“ weist auf das Knappheitsproblem hin. Arbeit wird als Mühsal, Unglück, Einschränkung und Last empfunden.

Was beinhaltet der Segen ?

Der mitgegebene Segen hingegen lässt die Option offen, paradiesähnliche Verhältnisse auf der Erde zu schaffen: „Seid fruchtbar und mehret Euch und füllet die Erde und machet sie Euch untertan“ (1. Mose 1, 28).

Damit besteht der Auftrag, das Mandat Gottes darin, die Güter dieser Erde durch Arbeit nicht nur zu verwalten, sondern auch zu verarbeiten, zu vermehren und zu verbrauchen. Die Menschen sind autorisiert, Wertschöpfung zu betreiben und zu konsumieren. Der Segensspruch wurde aber vom Menschen schon früh dahingehend missbraucht, dass er sich erst seine Frau, dann andere Mitmenschen (Männer und Frauen) und schließlich die gesamte Kreatur untertan machte. Dies führte zur totalen Entrechtung der Frau, zum Kolonialismus, zur Sklaverei, Ausbeutung, Vernichtungskriegen, zur Ausrottung vieler Tiere und der allgemeinen Missachtung der Umwelt.

Institutionen:

Um dem Einhalt zu gebieten, gab Gott seinem auserwählten Volk 10 Gebote, als institutionelle Normen zur Gestaltung des Miteinanders und damit auch des Wirtschaftens. Als dies nicht reichte, sandte er schließlich seinen Sohn Jesus Christus; und damit begann die Epoche unserer abendländischen Kultur.

Jesus wollte den Menschen zeigen, dass sie keine Herrschaft bräuchten, um mit ihren Mitmenschen und mit der Umwelt friedlich gemeinsam zu leben und arbeiten zu können, indem sie Nächstenliebe praktizierten. Er zeigte den Menschen, dass es möglich ist, ihre eigenen Interessen zu verfolgen, ohne dabei die Realisierung der Interessen ihrer Mitmenschen zu verhindern.

Er forderte sie dazu auf, ihre Anstrengungen und wirtschaftlichen Aktivitäten zu intensivieren, damit sie ihren Mitmenschen helfen können. Nur wer zwei oder drei Kleider hat, kann eins abgeben. Dies ist nichts anderes als die Kombination zwischen Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip (jeder soll im Rahmen seiner Möglichkeiten für sich sorgen und erst wenn dies nicht möglich ist, springen andere für ihn ein). Man kann diesen Ansatz als die tragende Botschaft für eine soziale Marktwirtschaft verstehen.

Gerade der deutsche Ansatz wurzelt in der Verschmelzung des Christentums, besonders des Luthertums mit dem Staat (Leipold, 2006, S. 250). So postulierten die Reformatoren, dass aus ihrer Sicht der Mensch als Abbild Gottes geschaffen und damit für seine Mitmenschen sowie für die natürliche Umwelt verantwortlich ist. Für alles was er tut, ist er Gott gegenüber rechenschaftspflichtig. Die Wiederentdeckung dieser Ideen beflügelte Europa und hat in den letzten 50 Jahren zu einem gemeinsamen europäischen Recht geführt, in dem die Freiheit des Einzelnen und seine Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft neben friedlicher Koexistenz, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und allgemeiner Wohlstand ihren Ausdruck finden (EU-Charta, Nizza, 7. Dezember 2000). Auch das Bekenntnis zu Toleranz und Humanität ist ein Europäischer Grundwert, der im Neuen Testament seit langem schriftlich verankert ist.

Die schriftliche Fixierung und Verbreitung des Normengerüsts in Form der Bibel und der christlichen Lehre in seinen Varianten ist also im Abendland konstituierend. Das jahrhundertlange Ringen um Auslegungen, Richtungsstreitigkeiten und die Verquickung von Religion und Kirchen-, sowie weltlichen Institutionen haben nichts daran ändern können, dass diese Grundwerte bis heute gültig sind. (Teils erfolgt die Orientierung an solchen Grundwerten explizit; zum Teil verläuft die Verhaltenssteuerung aber auch über die Internalisierung von Wertvorstellung wie z.B. in Europa über calvinistische Leistungswerte (Weiß 1999, S. 367))

¹ Kapitel in Anlehnung an den Abschiedsvortrag am 30. Januar 2007 von Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos an der

Märkte und Entwicklung

Während in Europa die schriftliche Auseinandersetzung und Publikationen kulturprägend wurden, spielen in den meisten Entwicklungsländern, vor allem auf dem Land, schriftliche Regelungen nur eine untergeordnete Rolle.² Normen, Werte und kulturelle Traditionen werden durch überlieferte Verhaltensmuster abgebildet und ordnen das Denken und Handeln der Gesellschaftsmitglieder. Dies findet zumeist in kleinteiligen Räumen lokal statt. Großflächige, normenkonstituierende Prinzipien sind in Afrika selten. Dafür ist hauptsächlich die mangelnde Schriftkenntnis verantwortlich, die eine zentrale Vorbedingung für die Entwicklung formalen Rechts darstellt. Dieses wiederum ist unerlässlich für gemeinschaftsüberschreitende Identitäten und Werte (Leipold, 2006, S. 150). Dies spiegelt sich dann auch im Fehlen großräumiger Ökonomien wider. Diese Gewohnheitsrechte regulieren nämlich nicht nur die Lösung von alltäglichen sozialen Konflikten, sondern auch die Allokation der ökonomischen Ressourcen (Fungulane, 1996, S. 7). Nicht selten werden so z.B. ökonomische Entscheidungen auf dem Land am „Gruppennutzen“ und nicht am Individualnutzen ausgerichtet (Negrão, 1995, S. 250). Vor allem in den Dörfern afrikanischer Gesellschaften existiert ein Ideal der Egalität, und unternehmerische Fähigkeiten werden sozial nicht immer geschätzt und gefördert (vgl. Aldrich 2005). Das soziale Ideal ist nicht das persönliche Vorwärtskommen, und deshalb richten sich auch Mythen und Hexerei gegen Menschen, die durch eigene Initiative „aus der Reihe tanzen“ (Pinzler, Vorholz, 1997, S. 31), selbst wenn dadurch Überfluss geschaffen würde, der allen zugute kommen könnte. Rationales und effizientes Verhalten werden nicht selten anderen Werten geopfert (Signer 2004). Dies soll nur zeigen, dass für uns fast selbstverständliche Annahmen, die den Grundstein für ökonomisches Handeln im westlich-marktlichen Sinne bilden, nicht erfüllt sein müssen (auch Smelser, Swedberg 2005, S. 10). Generell wird dem kulturellen Aspekt für die Planung und dem Entwurf von „Entwicklung“ zu wenig, oft keine Beachtung geschenkt (Bliss 1999, Di Maggio 1994, siehe auch jüngst OECD 2007). Dies kann gravierende Konsequenzen für die Bewertung der Funktionsfähigkeit sozialer Marktwirtschaft haben:

Subsidiaritätsprinzip

Es kann bei der Prüfung der Vorteilhaftigkeit von Organisationsformen nicht immer vom Subsidiaritätsprinzip ausgegangen werden, da oftmals in anderen Kulturen keine Eigenleistung verlangt und belohnt wird, sondern Loyalität und Gehorsam gegenüber Ranghöheren, die sich dann für die Belange der Niedriggestellten einsetzen. Dies gilt zudem in vielen sozialen Kontexten nur innerhalb der eigenen Volksgruppe.

In Afrika gibt es zahlreiche Volksgruppen mit eigenen, differenzierten Wertesystemen (Ilfie 2003, S. 251ff.). Nach der Kolonialisierung wurden Stämme und Familie auseinander gerissen und

willkürlich zusammengewürfelt, so dass Staat und Verwaltung sich nicht als übergeordnete, für alle geltende Instanzen etablieren konnten. Es herrschen emotional gebundene Institutionen in der Gestalt tribaler Regeln vor. Hauptsegmente sind Stämme und ähnliche verwandtschaftlich und regional verbundene Beziehungen, die nicht übergreifend vereinheitlicht werden konnten, wie es ohne eine Kolonialisierung vielleicht geschehen wäre.

Die Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnungen wurden von den jeweiligen Kolonialmächten übernommen und konnten sich nicht auf „natürlichem“ Weg von innen her bilden. Gemeinsame religiöse und ideologische Institutionen existieren nicht, so dass auch die Bildung vernunftrechtlich gebundener Institutionen nicht erfolgen konnte. Normalerweise hätten sich diese, wie in anderen Erdteilen auch, durch Verflechtungen zwischen Stämmen und Familien langsam geformt. Da der Staat zu „früh“ gebildet wurde, fehlt die natürliche Entwicklung und wirkt dem nun entgegen. Afrikanische Gesellschaften sind nach wie vor eher vertikal organisiert. Familienhierarchien und tribale Bindungen dominieren, so dass bei der Verteilung der Ressourcen und der Abschöpfung von Renten verwandtschaftliche Beziehungen bevorzugt werden können und müssen, um den eigenen sozialen Status innerhalb der Familie zu be- und Macht zu erhalten (Leipold 2006, S.149ff.; Chabal, Daloz, 1999).

Solidaritätsprinzip

Dies hat Auswirkungen auf das zweite konstituierende Grundprinzip einer Sozialen Marktwirtschaft, die Solidarität. Sie ist selten familienübergreifend gegeben. Dies liegt nicht nur an regionalen und ethnischen Gruppierungen innerhalb einer Volkswirtschaft, sondern auch an heterogenen Auffassungen innerhalb der Gruppe der „Armen“ oder der „Unterentwickelten“ selbst (Bliss 1999, S. 75). Genannt seien nur lokale Ökonomien des „Genugseins, der sogenannten Target-Ökonomie“, die keine Vorsorge- und Verteilungs- und Maximierungsanstrengungen kennt und damit in krassem Gegensatz zu anderen Lebensprinzipien stehen kann. In vielen Gesellschaftsgruppen spielen auch soziale Regeln zur Vermeidung von Einkommens- und Vermögensdisparitäten eine prominente Rolle. Akkumulierter Reichtum wird z.B. durch aufwendige Feste im Austausch gegen Prestige eingetauscht (Weiß 1999, S. 368). Anonyme Solidaritätsmechanismen sind in solchen Kulturen nicht anwendbar.

Dies soll aber nicht heißen, dass die Gesetze der Marktwirtschaft nicht in Entwicklungsländern gelten können. Man kann im Gegenteil davon ausgehen, dass jeder Mensch ein Bedürfnis nach Besserstellung im Vergleich zur gegebenen Situation empfindet. (Negrão 1995; Stiglitz, Ellermann 2000) Dies zeigt allein die Tatsache, dass es immer wieder Menschen gibt, die wirtschaftlichen Erfolg anstreben (...und diesen auch im Ausland, in anderen kulturellen

² Dies nicht zuletzt aufgrund der hohen Analphabetenrate in den meisten Entwicklungsländern

Kontexten erreichen). Individuell stellt sich für sie in ihrem heimatlichen kulturellen Kontext aber die Frage, welchen „Preis“ sie dafür zu zahlen bereit sind.

Fraglich ist dann auch, ob die Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft von oben „aufgepfropft“ werden können oder ob sie sich nicht besser „von unten“ entwickeln sollten, da die Menschen, die das Risiko auf sich nehmen, kulturell „anders zu sein als die anderen“, ihre eigenen Lösungen und vor allem Akzeptanz finden müssen. Eine endogene Entwicklung wäre näher an den eigenen kulturellen Normen als an den „westlichen“ und trägt schrittweise und daher effektiver und nachhaltiger zur Veränderung bei. Zwar ist dies auch in Entwicklungsländern möglich, denn Kultur ist niemals starr, fraglich ist aber, ob die Effizienzkriterien einer Marktwirtschaft, wie sie mikroökonomisch postuliert werden, in naher Zukunft zum Tragen kommen können und die „relationale Logik der gesellschaftlichen Beziehungen“ abgelegt werden wird (Golaszinski 2007; Chabal; Daloz 1999). In vielen Entwicklungsländern weisen soziologische Studien darauf hin, dass im Alltag die Anwendung von z.B. Preiseffizienz und Innovation aufgrund kultureller Vorbedingungen nicht oder nur sehr langsam den Vorhersagen der ökonomischen Theorien folgen (Signer 2004, Granovetter 2004).

Entwicklung geht überwiegend in kleinen Schritten vor sich. Normen werden, aufgrund äußerer Einflüsse wie z.B. neu eingeführter Technologien allmählich überflüssig, lockern sich und werden nicht mehr beachtet (North, 1992, S. 105). Auf diese Weise ändern sich auch formale Gesetze, wenn die Gesellschaft sie als nicht mehr passend einstuft. Dieser Prozess erfolgt aber innerhalb einer wechselseitigen Beziehung zwischen den Regierenden und Regierten und geht langsam und allmählich vonstatten. Von daher stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, ein neues komplexes System, wie die Marktwirtschaft, auf einen Schlag einzuführen und zu erwarten, dass die Regeln dieses Systems auch angewendet werden, wenn die Veränderung „von unten“ nicht mitgetragen wird. Es ist bekannt, dass eine zu große Divergenz von informalen und formalen Institutionen das System entweder gänzlich blockiert (formale Institutionen werden einfach nicht beachtet und können oder sollen nicht durchgesetzt werden) oder zumindest ist ihre Durchsetzung teuer und nicht mehr effizient.

Mehr noch: Die regulierenden Prinzipien einer Marktwirtschaft sind in jungen unterentwickelten Ökonomien mit schwachen und korrupten Staaten oft kaum durchzusetzen, selbst wenn sie formal existieren (z.B. Kaufmann 2007). In vielen Entwicklungsländern funktionieren Märkte nicht gut, es herrscht Korruption und Marktversagen vor. Partikularinteressen werden gefördert, regulierende Institutionen gibt es nicht (Leipold 1997). Oft sind es Staat oder Partei selbst, die institutionelle Regelungen für sich nicht akzeptieren. Die Teilnahme an staatlicher Macht bedeutet immer auch Zugang und Verteilung von staatlichen Ressourcen (Leipold 2006, S. 149 ff).

Vertrauen und Eigentumsrechte sind aber der Motor einer marktwirtschaftlichen Organisation, ohne die Effizienz nicht erreichbar ist. Nur wenn diese gegeben sind und das System einen gewissen Grad an Offenheit für Wandel, Innovation und Lernfähigkeit (Bildung) erlaubt, können sich Märkte entwickeln und Teilnehmer einen Nutzen daraus ziehen.

In diesen Bereichen sollte der EZ eine wichtige Rolle zukommen. Hier kann zumindest der Boden für eine Marktwirtschaft bereitet werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass Eigeninitiative und Verantwortung nicht bereits durch Entwicklungs-Maßnahmen zerstört oder gelähmt werden. Viel zu häufig ist dies in der Entwicklungszusammenarbeit der Fall, wenn Anreize falsch gesetzt und Märkte verzerrt werden (siehe hierzu, Easterly 2006).

Schlussfolgerungen

Für die Funktionsfähigkeit einer sozial orientierten Marktwirtschaft bedeutet dies, dass ein internalisierter Mindestkonsens bzgl. der Basisprinzipien Solidarität und Subsidiarität vorhanden sein sollte.

Solidarität muss nicht heißen, dass alle immer solidarisch sind. Die Akzeptanz des Prinzips heißt aber, dass sich eine Gesellschaft (kulturell) darauf verständigt hat, solche Systeme mehrheitlich zu tragen.

Subsidiarität muss nicht heißen, dass alle Teile einer Gesellschaft nur eigenverantwortlich sind, sondern, dass dies für die Mehrheit internalisiert, handlungsleitend und akzeptiert ist. Die Zurückführung unserer Grundwerte auf die Lehren Jesus und damit auf die Bibel wirft die Frage auf, ob diese Werte universal und als solche auf alle Kulturen anwendbar sind. Dies ist, wie skizziert, zu bezweifeln bzw. es bedarf eines langen Prozesses. Für die Agenda der EZ führen diese Überlegungen zu folgenden handlungsleitenden Thesen auf dem Weg hin zu einer systemischen Entwicklung einer Marktwirtschaftsordnung:

- Wirtschaftssysteme müssen sich unter Einbeziehung informaler Institutionen bilden, bzw. traditionelle Formen weiterentwickelt werden.
- Das Politische System muss dezentrale Strukturen und souveräne Marktentscheidungen tolerieren können.
- Staat und Partei müssen sich Marktspielregeln selbst unterordnen (ihre eigenen Institutionen akzeptieren), sonst wird kein Vertrauenskapital für das System geschaffen.
- Die Rolle und mögliche Interventionsgrade des Staates sollten thematisiert und geklärt werden.
- Loyalität zu abstrakten Institutionen muss gesellschaftlich toleriert sein und über ethnischen Loyalitäten stehen.
- Volkswirtschaftlicher und kultureller Raum sollte eine gewisse Harmonie bilden.

- Solidarität muss interregional und inter-ethnisch, die Verankerung subsidiärer Prinzipien kulturell möglich sein.

Für Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit, die langfristig Systeme an eine soziale Marktwirtschaft heranführen wollen, heisst dies, dass vermehrt vor allem im soziokulturellen Umfeld gearbeitet werden muss, um eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen (in diesem Sinne auch eine Pilotstudie der GTZ 2007):

- EZ sollte stärker die kulturellen und soziologischen Grundlagen für eine Verankerung der Marktwirtschaft fördern und dem Prozess Zeit geben.
- EZ sollte die Offenheit der Systeme fördern und kreative Kräfte freisetzen.
- EZ selbst darf keine endogenen Märkte außer Kraft setzen (z.B. lokale Arbeitsmärkte).

Literatur:

Aldrich, H.: Entrepreneurship, in: The Handbook of Economic Sociology, hrsg. v. Smelser, N.; Swedberg, R., S. 451-477, Princeton, 2005

Bliss, F.: Kultur und Entwicklung, in: Thiel R. (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie, S. 70-81, Bonn, 1999

BMZ: Grundsätze der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in der deutschen Entwicklungspolitik, Bonn, o.J.

Chabal, P.; Daloz, J.-P.: Africa Works, Oxford, Bloomington, 1999

Clark, G.: A Farewell to Alms: A Brief Economic History of the World, Princeton, 2007

DiMaggio, P.: Culture and Economy, New York, 1994

Easterly, W.: Wir retten die Welt zu Tode, New York, 2006

European Bank for Reconstruction and Development: Transitions Report, London, 2001

Europäische Kommission: EU-Charta, Nizza, 7. Dezember, 2000

Feldmann, H.: Ordnungstheoretische Aspekte der Institutionenökonomik, Berlin, 1999

Fungulane, B.: Projekt eines Praktikums im Rahmen eines Berufeinstiegs an den Universitäten in Mosambik, unveröffentlicht, Leipzig, 1996

Golaszinski, U.: Subsahara-Afrika, Die Wiederentdeckung eines Kontinents, Friedrich Ebert Stiftung, Mai 2007

Granovetter, M.: Business Groups and Social Organization: in Handbook of Economic Sociology, hrsg. v. Neil Smelser and Richard Swedberg. New York and Princeton, 2004

Granovetter, M. and Richard Swedberg: The Sociology of Economic Life, Boulder, 2001

Greenspan, A. (2007: Mein Leben fuer die Wirtschaft, Frankfurt/M.

GTZ (Hrsg.): Addressing the Meta-Level, New Approaches to Private Sector Development, Discussion Paper, Eschborn, April 2007

Gutmann, G.: Volkswirtschaftslehre, Wolfenbüttel, o. J.

Gutmann, G.: Volkswirtschaftslehre, Eine ordnungstheoretische Einführung, Stuttgart, 1981

Hasse, R.H.; Schneider, H.; Weigelt, K.: Lexikon Soziale Marktwirtschaft, Paderborn u.a., 2002

Hofstede, G.: Lokales Denken, globales Handeln – Kulturen, Zusammenarbeit und Management, München.

Illiffe, J.: Geschichte Afrikas, 2. Aufl., München, 2003

Kaufmann, F.: Ungünstiges Investitionsklima in Mosambik, in: E + Z, Nr. 10, 2007

Landes, D.: Wohlstand und Armut der Nationen, New York, 1999

Leipold, H.: Institutionelle Ursachen wirtschaftlicher Unterentwicklung in Schwarzafrika, in: Paraskewopoulos, S. (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Entwicklung, Stuttgart, S. 415-443.

Leipold, H.: Kulturvergleichende Institutionenökonomik, Stuttgart, 2006

Negrão, J.: One Hundred Years of African Rural Family Economy, University of Lund, 1995

North, O.E.: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen, 1992

OECD: Business for Development, Fostering the Private Sector, 2007

Pinzler, Vorholz: „Geld allein hilft selten“, Warum Länder reich werden oder arm bleiben, in: Die Zeit, 4. April, 1997

Paraskewopoulos, S.: Abschiedsrede anlässlich der Emeritierung, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Leipzig, Januar 2007

Signer, D.: Die Ökonomie der Hexerei, Wuppertal, 2004

Simons-Kaufmann, C.: Transformationsprozeß von Entwicklungsländern, Wiesbaden, 2003

Smelser, N.; Swedberg, R.: Introducing Economic Sociology, in: The Handbook of Economic Sociology, ed. by Smelser, N; Swedberg, R., S. 3-26, Princeton, 2005

Todarao, M.: Economic Development, 1997

Weber, M.: The Protestant Ethic and the Spirit of Capitalism, New York, 1958

Weiß, D.: Kultur und Entwicklung, in : Thiel R. (Hrsg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie, S. 368-378, Bonn, 1999

Williamson, O.E.: The Economic Institutions of Capitalism, 1985

Wimmer, A.: Kultur: Zur Reformulierung eines sozialanthropologischen Grundbegriffs, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie H.3, S. 401-415, Köln, 1996

World Bank et al.: Pro-Poor Growth in the 1990s, Washington, 2005